

Trump beantragt Aufschub der Verurteilung im Schweigegeldfall

Donald Trump beantragt eine Verzögerung der für Freitag angesetzten Strafmaßverhandlung in seinem Hush-Money-Fall. Der ehemalige Präsident will gegen die jüngsten Gerichtsurteile Berufung einlegen.

Donald Trump hat Berufung gegen die Entscheidungen von Richter Juan Merchan eingelegt, die seine Versuche, seine Verurteilung im sogenannten „Schweigegeld-Fall“ anzufechten, abgewiesen haben. Gleichzeitig strebt der Präsident auf Zeit die Aussetzung des für Freitag angesetzten Urteils an.

Trump lässt sich zum Sieger der Präsidentschaftswahlen 2024 zertifizieren

Die Berufung von Trump erfolgt am selben Tag, an dem er als **Gewinner der Präsidentschaftswahlen 2024** ausgezeichnet wird. Dies geschieht genau vier Jahre nach seinem gescheiterten Versuch, seine Wahlniederlage anzufechten, was zu einem gewalttätigen Aufstand seiner Anhänger am US-Kapitol führte.

Richter Merchan weist Trumps Anträge zurück

Am Freitag wies Merchan **Trump's Versuch** zurück, die Verurteilung aufzuheben, weil er zum Präsidenten gewählt wurde. Das Urteil in dem Schweigegeld-Fall wurde für Freitag angesetzt, wobei Merchan jedoch klarstellte, dass Trump nicht mit einer Gefängnisstrafe rechnen müsse.

Juristische Auseinandersetzungen um die Strafzumessung

Die Anwälte von Trump argumentieren, dass die Strafe ausgesetzt werden sollte, während die Berufungen laufen. Sie haben Richter Merchan gebeten, bis Montag um 14 Uhr ET zu reagieren. In Trumps Antrag heißt es: „Das Gericht sollte die für den 10. Januar 2025 angesetzte Anhörung zur Strafzumessung aufheben und alle weiteren Fristen im Fall aussetzen, bis die Immunitätsberufungen des Präsidenten vollständig und endgültig entschieden sind, was zur Abweisung dieses Falls führen sollte, der von Anfang an nie hätte angestrengt werden dürfen.“

Verurteilung wegen falscher Buchführung

Trump wurde im Mai in **34 Fällen der Fälschung von Geschäftsunterlagen verurteilt**. Die Vorwürfe betreffen Zahlungen an seinen damaligen Anwalt Michael Cohen, um eine Schweigegeldzahlung in Höhe von 130.000 Dollar an die Pornodarstellerin Stormy Daniels zu erstatten. Diese Zahlung sollte verhindern, dass Daniels vor der Wahl 2016 über eine angebliche Affäre spricht. Trump hat die Affäre jedoch dementiert.

Verzögerung der Strafzumessung und Immunitätsanträge

Ursprünglich sollte Trump im Juli in diesem Fall verurteilt werden, jedoch wurde dies aufgrund eines Urteils des Obersten Gerichtshofs zur Präsidentialimmunität auf nach der Wahl verschoben. Letzten Monat wies Merchan jedoch **Trumps Versuch** zurück, den Fall aufgrund der Präsidentialimmunität abzulehnen.

Diese Geschichte wurde mit neuen Entwicklungen aktualisiert.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at